



Sicherheitssektorreform und die Vereinten Nationen

Erfahrungen und Chancen für deutsches Engagement

PHILIPP ROTMANN

Oktober 2012

- Der Auf- oder Umbau von Sicherheitsinstitutionen nach den Grundsätzen der Effektivität und der demokratischen Verantwortlichkeit kann ein entscheidendes Instrument zur Friedensförderung und Sicherheitsvorsorge werden. Aufgrund politischer Hindernisse konnten sich die Vereinten Nationen (VN) erst seit 2006/07 auf höchster Ebene mit Prozessen der Sicherheitssektorreform (SSR) befassen, sie verfügen jedoch schon über einen deutlich längeren Zeitraum über praktische Erfahrungen aus den Demokratisierungsprozessen in Lateinamerika und den Friedenseinsätzen der letzten zwei Jahrzehnte.
- Ein geschickt orchestrierter Diskussionsprozess, vor allem mit afrikanischen Regierungen, schuf zwischen 2008 und 2010 ein hohes Maß an Vertrauen für SSR-Unterstützung und eine operative Rolle der VN darin. Damit besteht nun die Chance, außerhalb des lähmenden Nord-Süd-Konflikts in den VN-Gremien institutionelle Schwächen zu beheben und aus operativen Erfahrungen Lehren zu ziehen.
- Aus Sicht vieler anderer Mitgliedstaaten könnte Deutschland überdurchschnittliche Fähigkeiten und besondere Glaubwürdigkeit zum Tragen bringen, sofern sich Bundestag und Bundesregierung entschließen würden, SSR-Unterstützung zu einem friedens- und stabilitätspolitischen Schwerpunkt zu machen. Dieses Papier schließt mit drei konkreten Vorschlägen zum eigenen Kapazitätsaufbau, zur Verknüpfung deutscher und internationaler Lernprozesse sowie zu notwendigen politischen Impulsen auf VN-Ebene.



Das vorliegende Papier analysiert die Entwicklungen bei der Unterstützung institutioneller Reformen im Sicherheitssektor fragiler Staaten auf Ebene der Vereinten Nationen (VN).¹ Aus der Analyse ergeben sich Empfehlungen, wie sich Deutschland – das in den VN bislang keinerlei nennenswerte Aktivitäten entfaltet – konstruktiv und wirksam engagieren könnte.

1. Unterstützung von Sicherheitssektorreform-Prozessen als zentrales Element internationaler Friedensförderung?

Die erfolgreiche Vermeidung oder Bearbeitung von Gewaltkonflikten hängt entscheidend davon ab, ob sich lokale Sicherheitsorgane zu effektiven und politisch verantwortlichen Institutionen in einem zivil kontrollierten und breit legitimierten politischen System entwickeln können. Der Weltentwicklungsbericht 2011 hat diesen Zusammenhang und die besondere Bedeutung von Institutionen für Konfliktbearbeitung und Entwicklung noch einmal eindrucksvoll unterstrichen.²

Gerade wegen der verbreiteten Desillusionierung mit den Interventionspraktiken des letzten Jahrzehnts lohnt es sich, diese Erkenntnis und ihre Implikationen ernst zu nehmen. Sie könnte einen Weg aufzeigen, wie durch eine personell und finanziell überschaubare Form der Zusammenarbeit mit lokalen Eliten beim Auf- oder Umbau von Sicherheitsinstitutionen realistische Beiträge zur Friedensförderung und Sicherheitsvorsorge geleistet werden können. Entscheidend ist dabei die Balance zwischen Fähigkeitsaufbau einerseits und der Förderung von Verantwortlichkeit und demokratischer Kontrolle andererseits. Insofern kann ein externes Engagement im Aufbau von Sicherheitsinstitutionen nur wirksam werden, wenn zumindest ein handlungsfähiger Teil der lokalen Eliten diese Balance als förderlich für ihre eigenen Interessen und Ziele versteht.

* Der Autor dankt Steffen Eckhard und Katrin Kinzelbach für wichtige Anregungen und Kommentare.

1. Dem vorliegenden Papier liegt ein Verständnis von SSR-Prozessen als politischen Reformprozessen von Sicherheitsinstitutionen, ihren Beziehungen untereinander und zur Gesellschaft zugrunde, mit dem Ziel einer effektiven und verantwortlichen (im besten Fall demokratischen) Erbringung von Sicherheitsleistungen für die Bevölkerung (und nicht in erster Linie für Regierungen oder herrschende Eliten). Ein umfassender Überblick über VN-Ansätze und -Erfahrungen mit der Unterstützung sektoraler Prozesse in Streitkräften, Polizei, Justiz und Parlament würde den Rahmen sprengen.

2. Weltbank (2011): *World Development Report 2011: Conflict, Security and Development*; <http://www.worldbank.org/wdr2011>.

Die gegenwärtige internationale Praxis bei der Unterstützung von Prozessen der Sicherheitssektorreform (SSR) ist von nachhaltiger Wirksamkeit weit entfernt.³ Politische Eliten, Regierungen und Sicherheitsbehörden in fragilen Staaten suchen sich geeignete Partner heute auf einem globalen Markt. Zwar wird dieser Markt neben einzelnen strategisch agierenden Regionalmächten immer noch maßgeblich von westlichen Regierungen und westlich finanzierten Nichtregierungsorganisationen dominiert, doch sind diese Anbieter kaum fähig oder willens, ihre im OECD-Rahmen vereinbarten normativen Grundsätze in die Praxis umzusetzen. Stattdessen verfolgen vor allem staatliche SSR-Akteure die Ziele der Effektivität und der Verantwortlichkeit von Sicherheitsinstitutionen immer noch weitgehend unverbunden: Ein Ministerium finanziert Ausbildung und Ausrüstung von Militär- oder Polizeikräften, ein anderes die Menschenrechtstrainings für Polizisten und die Mentorenprogramme für Abgeordnete zur Stärkung parlamentarischer Kontrolle.

Im Ergebnis bietet die internationale Gemeinschaft den Funktionseliten in fragilen Staaten Sicherheitspolitik *à la carte*: die Innenstaatssekretärin, die eine bessere Schießausbildung für ihre polizeilichen Spezialeinheiten sucht, findet dafür ebenso einen Geber wie die Abgeordnete, die die Kontrollfähigkeiten ihres Parlamentsausschusses verbessern will. Häufig kommen die Mittel letztlich von denselben Steuerzahlern, ohne dass die Schießausbildung beispielsweise an Fortschritte in der parlamentarischen Kontrolle gebunden wäre.

2. Das Thema Sicherheitssektorreform in den Vereinten Nationen

Insofern kann es nicht überraschen, dass die operative Praxis in den VN genauso fragmentiert ist wie die der Regierungen, die die VN finanzieren und steuern. Zudem war die politische Debatte um die internationale Unterstützung von SSR-Prozessen in New York jahrelang so massiv von den politischen Konflikten um westlichen Interventionismus überschattet, dass sowohl der Sicherheitsrat als auch das Sekretariat erst seit 2006/07 begannen konnten, sich mit dem Thema konzeptionell zu befassen und institutionelle Fähigkeiten aufzubauen.

3. In diesem Überblickspapier wird der Begriff der Sicherheitssektorreform (SSR) stellvertretend auch für anders akzentuierte, ähnliche Konzepte verwendet, wie die Transformation des Sicherheitssektors, die Security System Reform (OECD) oder die Sicherheitssektor-Governance.

Dennoch mussten die VN nicht bei Null anfangen. Im Zuge der Demokratisierungswelle der 1980er und 1990er Jahre in Lateinamerika sowie der Übergangsverwaltungen und Friedenseinsätze im Kosovo, in Timor-Leste und einer Reihe afrikanischer Länder konnten sowohl das VN-Entwicklungsprogramm (UNDP) als auch der Peacekeeping-Apparat intensive Erfahrungen mit Prozessen der SSR sammeln. Die Erfolgsbilanz dieser Engagements ist ebenso durchwachsen wie die bilateraler und regionaler Akteure. Dazu kommt, dass der Großteil dieser praktischen Erfahrungen trotz großer Bemühungen innerhalb von UNDP bis heute nicht umfassend, kritisch und praxisorientiert aufgearbeitet werden konnte, auch weil das wissenschaftliche Interesse am Thema nur sehr langsam wächst.⁴

Die bisherigen Lehren aus diesen Erfahrungen gehen deshalb kaum über Gemeinplätze hinaus: ganzheitliche, sektorübergreifende Ansätze und langfristige Strategien sind entscheidend, um das notwendige Maß an Verständnis für die internen politischen Prozesse des Gastlandes zu schaffen. Erst auf dieser Grundlage können externe Berater unwirksame oder schädliche Vorhaben von solchen unterscheiden, die zumindest eine Chance auf Wirksamkeit in sich tragen. Es gilt, die Interessen lokaler Eliten ernst zu nehmen, ohne die eigene normative Zielsetzung aus den Augen zu verlieren: ohne effektive Hilfe beim Kapazitätsaufbau (bis hin zum Schießtraining) ist das nötige Vertrauen der Entscheidungsträger für ernsthafte Reformschritte hin zu mehr Verantwortlichkeit nicht zu gewinnen. Wie so oft liegt der Teufel im Detail, und hier harren vielfältige persönliche Erfahrungen (ehemaliger) Polizisten, Soldaten und Diplomaten der systematischen Erfassung und Analyse. In ihren »heimischen« Arbeitsfeldern der Diplomatie, der Entwicklungspolitik, der Streitkräfte oder der Polizei sind SSR-Praktiker vereinzelt Exoten; ihnen fehlen die institutionalisierten Netzwerke und damit der natürliche Austausch durch den all diese Erfahrungen erst relevant für die zukünftige Arbeit würden.

Vernetzung und Konzeptentwicklung beschränkte sich in den VN lange auf den Aspekt der Kontrolle und Rechenschaftspflicht von Sicherheitsinstitutionen, wo-

bei UNDP – finanziert von westlichen Gebern – eine Führungsrolle einnimmt. Der Brückenschlag zwischen entwicklungs- und sicherheitspolitischen Ansätzen blieb jedoch lange aus. Grund dafür ist der anhaltende Widerstand der Mehrheit der Entwicklungsländer in den sicherheitspolitischen Gremien der Weltorganisation. Dieser Widerstand konnte den Sicherheitsrat zwar nicht davon abhalten, Friedenseinsätze – zumindest seit 1999 – mit Kernfunktionen von Sicherheitssektorreform oder -aufbau zu betrauen, doch war er stark genug, um die Schaffung der dafür notwendigen institutionellen Infrastruktur fast ein Jahrzehnt lang zu verhindern.

Im Jahr 2004 begann der Sicherheitsrat, Bezüge zur SSR in einzelne Mandate für Friedenseinsätze aufzunehmen; 2005 taucht der Begriff erstmals in einer Erklärung des Vorsitzes in einem Nebensatz auf. Eine kleine Gruppe engagierter Mitgliedstaaten begann, das Thema SSR in der Debatte um die konzeptionelle und institutionelle Entwicklung von Friedenseinsätzen zum Thema zu machen. Die Slowakei initiierte eine sogenannte »Freundesgruppe« von Regierungen, um im Rahmen der VN die konzeptionelle Debatte und politische Legitimation des Themas voranzutreiben. Nach einem slowakisch-südafrikanischen Vorschlag im Jahr 2007 beauftragte der Sicherheitsrat den Generalsekretär, einen ersten grundlegenden Bericht über die Bedeutung des Sicherheitssektors für Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung sowie über die Rolle der VN bei der Unterstützung von Reformprozessen vorzulegen.

3. Politische Legitimation über westliche Geber hinaus

Mit dem Bericht des Generalsekretärs *Sicherung von Frieden und Entwicklung: Die Rolle der Vereinten Nationen bei der Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors* von 2008 wurde ein erster Schritt zur globalen Akzeptanz von Grundsätzen der SSR geschaffen, die im Jahr zuvor im Rahmen des Clubs der westlichen Geber beschlossen worden waren.⁵ Politischer Kern dieser Prinzipien war die Verbindung der Effektivität und der

4. Für eine Analyse konkreter Lernprozesse im Bereich Polizei- und Justizreform siehe Benner, Thorsten/Mergentahler, Stephan/Rotmann, Philipp (2011): *The New World of UN Peace Operations: Learning to Build Peace?*, Oxford University Press.

5. Vereinte Nationen (2008): *Sicherung von Frieden und Entwicklung: Die Rolle der Vereinten Nationen bei der Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors*, Bericht des Generalsekretärs, 23. Januar 2008 (UN-Dokument A/62/659-S/2008/39); Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (2007): *OECD DAC Handbook on Security System Reform: Supporting Security and Justice*; <http://www.oecd.org/development/conflictandfragility/38406485.pdf>.

Verantwortlichkeit von Sicherheitsinstitutionen, die der Konkurrenz beider Ansätze ein Ende setzen sollte. Erst auf Grundlage dieses Berichts konnte der neue Generalsekretär, Ban Ki-moon, die Beschäftigung mit dem Thema SSR organisatorisch verankern und im Rahmen seines Großbaus der Hauptabteilung Friedenseinsätze (DPKO) ein Referat für SSR schaffen.⁶

Bis dahin war die politische Entwicklung im Wesentlichen an den Vertretern der Entwicklungsländer vorbeigegangen, sieht man von der frühen Unterstützerrolle Südafrikas ab. Deren mehrheitliche Skepsis war damit jedoch nicht beseitigt. Im Gegenteil betrachteten viele Mitgliedstaaten aus dem globalen Süden das Thema SSR als weiteren Aspekt einer zunehmend westlich dominierten, interventionistischen Agenda des Sicherheitsrates, des VN-Sekretariats sowie des von westlichen Gebern dominierten Entwicklungsprogramms. Hinzu kam die Befürchtung, dass westliche Geber die Entwicklungsgelder aus Wirtschafts- und Sozialprogrammen vermehrt in SSR-Vorhaben umlenken würden, die nach OECD-Kriterien seit 2004 ebenso als Entwicklungszusammenarbeit gelten. Vor diesem Hintergrund setzte sich die mächtige Gruppe der 77 in den Verhandlungen um die DPKO-Reform dafür ein, die institutionelle Verantwortung für das Thema SSR der Abteilung für Friedenseinsätze zuzuschlagen. Damit sollte die Zuständigkeit der VN für SSR-Prozesse de facto auf die wenigen Länder beschränkt werden, in denen ohnehin Friedenseinsätze oder politische Missionen der VN tätig sind.

Doch weder das Sekretariat noch die Befürworter einer konstruktiven Auseinandersetzung mit dem SSR-Konzept in Afrika gaben sich damit zufrieden. Die mittlerweile auf über 30 Mitglieder angewachsene Freundesgruppe, darunter neben Südafrika nun auch Nigeria,⁷ führte gemeinsam mit dem VN-Sekretariat einen informellen Diskussionsprozess mit afrikanischen Regierungen. Daraus entstanden 2010/11 ein hochrangiges Treffen in New York, der einflussreiche Bericht *African Perspectives on Security Sector Reform*⁸

sowie eine weitere offene Debatte im Sicherheitsrat unter nigerianischer Präsidentschaft. Der Prozess gab den Regierungsvertretern auf Empfängerseite internationaler SSR-Unterstützung erstmals Gelegenheit, ihre (oft negativen) Erfahrungen mit ausländischer Unterstützung von Sicherheitsinstitutionen auf der Ebene des Sicherheitsrates in die offizielle politische Debatte einzubringen.

In diesem Rahmen konnten viele verbreitete Befürchtungen ausgeräumt und über die westliche Welt hinaus ein Grundkonsens über eine legitime Rolle der VN als Unterstützer in selbstbestimmten Reformprozessen gefunden werden. Dieser Erfolg erleichterte die nächste Initiative der VN deutlich: Als das Sekretariat 2011 sein Konzept für Reformen im Verteidigungssektor vorstellte, regte sich kein Widerstand mehr gegen eine offene Diskussion; schon ein Jahr später konnte sich eine Mehrheit von Entwicklungsländern auf eine wohlwollende Würdigung des Dokuments einigen.

4. Konzeptionelle Lücken und operative Praxis

Die Bedeutung dieses gemeinsamen politischen Fundaments über die traditionelle westliche Gebergemeinschaft hinaus ist nicht zu unterschätzen. Erst seit das Thema SSR nicht mehr automatisch in die Mühlen der Nord-Süd-Konfrontation gerät, besteht auf VN-Ebene die Chance, sich konstruktiv mit den konzeptionellen und operativen Schwachstellen der SSR-Praxis zu befassen.

Gerade in fragilen Kontexten dienen Sicherheitsapparate immer den politischen Interessen einer Vielfalt von Akteuren, ob sie nun formelle, informelle oder auch gar keine Legitimität genießen. Manche dieser Akteure sind lediglich an Einzelaspekten des geberseitigen SSR-Angebotes interessiert, sodass sich die prinzipielle Grundannahme eines kollektiven Interesses lokaler Eliten an einer echten Reform in den meisten Fällen als empirisch falsch herausgestellt hat. Weder das Mantra der »local ownership« noch die Suche nach dem »politischen Willen« führen zu praktisch nutzbaren Rezepten zum Umgang mit einer so fragmentierten politischen Landschaft. Das konzeptionell unverzichtbare Prinzip der Ganzheitlichkeit wurde zum Deckmantel für die Weigerung, realistisch über Priorisierung, Sequenzie-

6. Vgl. Benner, Thorsten/Rotmann, Philipp (2007): *Operation Blauhelmreform. Bans umstrittener Umbau der Hauptabteilung Friedenseinsätze*, Vereinte Nationen 2/2007, S. 177–182.

7. Eekelen, Willem F. van (2011): *Opportunities to Support Security and Development: International Organisations' Evolving SSR Approaches*, in: Schnabel, Albrecht / Farr, Vanessa (eds.): *Back to the Roots: Security Sector Reform and Development*, Münster: LIT-Verlag, S. 271–292, hier S. 277.

8. Permanent Mission of Nigeria, Permanent Mission of South Africa, UN DPKO (2010): *African Perspectives on Security Sector Reform*, Final Report, New York.



rung und Selektivität in der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Vertretern politischer und institutioneller Eliten nachzudenken.⁹

Darüber hinaus wird die Auseinandersetzung mit diesen praktischen Herausforderungen im Rahmen der VN dadurch erschwert, dass die traditionelle Trennung zwischen einer »harten«, »politischen«, »kurzfristig arbeitenden« VN der Krisendiplomatie und Sicherheitspolitik sowie einer »weichen«, »neutralen«, »nachhaltigen« VN der Entwicklungszusammenarbeit nach wie vor Gültigkeit besitzt. Erstere wird dabei von den Sekretariatsabteilungen für Politische Angelegenheiten (DPA) und Friedenssicherung (DPKO) sowie ihren Feldmissionen repräsentiert, während Letztere die zwölf anderen Agenturen und Programme umfasst, die in irgendeiner Weise im Sicherheitssektor arbeiten – von UNDP bis zu UNICEF und UNWOMEN. Über die bei Weitem umfangreichsten operativen Aktivitäten verfügen DPKO und UNDP. Seit 2009 besteht eine behördenübergreifende Arbeitsgruppe (*Inter-Agency Task Force, IATF*), in der die 14 SSR-Akteure des VN-Systems – von den Krisendiplomaten der Politischen Abteilung bis zu den Vertretern von Entwicklungsprogramm und Kinderhilfswerk – unter DPKO-Vorsitz gemeinsam an praktischen Konzepten arbeiten. In den drei Jahren ihres Bestehens sind bislang vier Grundlagenpapiere in ein fortgeschrittenes Entwurfsstadium gelangt; drei weitere sollen folgen.

Unabhängig von konzeptionellen Schwächen und institutioneller Zerrissenheit – Probleme, unter denen die meisten bilateralen Geber ebenso leiden – sehen sich die SSR-Aktivitäten der VN deutlich wachsender Nachfrage gegenüber. Allein im DPKO-Portfolio ist die Zahl der Friedenseinsätze und der Beratungsprojekte mit explizitem SSR-Mandat seit 2007 um fast das Dreifache gestiegen (2007: 4; 2012: 14). Hinzu kommen eine wachsende Zahl von Ad-hoc-Anfragen zur direkten Unterstützung einzelner Regierungen sowie das gleichfalls wachsende Projektgeschäft des UNDP. Dieser Trend ist angesichts ähnlicher Entwicklungen im bilateralen Bereich nicht überraschend, zeigt jedoch, dass die zweijährige Überzeugungsarbeit, vor allem unter afrikanischen Regierungen, Früchte getragen hat. Die VN haben damit gerade bei solchen Ländern Vertrauen aufgebaut, die sich

scheuen, direkt mit ehemaligen Kolonialmächten oder selbstbewussten neuen Partnern aus Asien zusammenzuarbeiten.

Diesem Vertrauen gilt es in den kommenden Jahren gerecht zu werden. Konzeptionell wie operativ brauchen die VN den Vergleich mit bilateralen Akteuren nicht zu scheuen. Die institutionellen und persönlichen Erfahrungen einer Generation von Entwicklungs- und Sicherheitsexperten aus Einsätzen in fragilen Staaten warten nur darauf, systematisch ausgewertet und zum Ausgangspunkt neuer Ideen und Ansätze zu werden. Was fehlt, ist die Bereitschaft der Mitgliedstaaten, gemeinsam mit den VN-Organisationen eine kritische Bilanz zu ziehen und in die konzeptionelle und institutionelle Weiterentwicklung zu investieren.

5. Konkrete Möglichkeiten für ein deutsches Engagement

Sowohl für die VN als auch für Deutschlands VN-Politik und die künftige Strategie zum Umgang mit fragilen Staaten liegt hier eine Menge ungenutztes Potenzial. Deutschland bringt für die Unterstützung von SSR-Prozessen sowohl ein besonderes Maß an Glaubwürdigkeit als auch ausbaufähige Kapazitäten mit. Bei einem gegenüber der Slowakei, den Niederlanden oder Kanada zumindest vergleichbarem Maß an internationalem Vertrauen verfügt Deutschland über Möglichkeiten, die sich hinter denen Großbritanniens zumindest mittelfristig nicht verstecken müssen.

Deutschland spielt im Bereich der SSR in den VN indes bislang keine Rolle und gilt als desinteressiert – und auch als bilateraler Akteur bleibt der deutsche Beitrag unauffällig. Dies stößt bei vielen Diplomaten und VN-Beamten auf Unverständnis, die Deutschland nach der zweimaligen Rekonstruktion eines repressiven Sicherheitsapparates in der jüngeren deutschen Geschichte besondere Erfahrung und Glaubwürdigkeit zuschreiben – und zwar sowohl in Fragen der demokratischen Kontrolle und Verantwortlichkeit als auch in Fragen effektiver Sicherheitsvorsorge. Diese Vorschusslorbeeren bergen eine Gestaltungschance, allerdings nur, wenn Bundestag und Bundesregierung das Thema SSR als Teil eines strategischen friedens- und sicherheitspolitischen Engagements so ernsthaft und entschieden anpacken, dass internationale Erwartungen nicht weiter enttäuscht werden. Die

9. Scheye, Eric (2010): *Realism and Pragmatism in Security Sector Development*, Special Report 257, October 2010, Washington, DC: United States Institute of Peace.

Beschränkung auf deklaratorische Unterstützung und Kleinstbeiträge aufgrund von Ressourcen- und Personalmangel wird auf dem VN-Parkett sofort als das entlarvt, was es ist: der Versuch der Trittbrettfahrerei in einem Feld, in dem deutlich weniger leistungsfähige Länder wie die Slowakei und die Niederlande mit fokussierten Anstrengungen bereits achtbare Fortschritte erzielt haben.

Ein ernsthaftes Engagement Deutschlands könnte an drei Punkten ansetzen:

1. *Aufbau eigener Kapazität und Expertise:* Ein eigenständiger deutscher Beitrag oder ein strategisches Engagement für eine starke europäische Rolle erfordert zunächst, dass Deutschland seinen institutionellen und konzeptionellen Rückstand aufholt, was wiederum eine (im Umfang sehr überschaubare) Investition in Strukturen, in die Rezeption der internationalen Debatte und in die Aufarbeitung eigener Erfahrungen notwendig macht. Ein erster Schritt wäre die Schaffung eines lebendigen Expertenpools, da nur wenige Militär- oder Polizeioffiziere über die nötige politische Erfahrung mit umfangreichen Veränderungsprozessen in einer fremden Kultur verfügen, während sich die wenigsten Zivilbeamten und Entwicklungshelfer hinreichend mit den praktischen Anforderungen und Arbeitsweisen von Sicherheitsbehörden auskennen. Kern eines solchen Pools wären die deutschen Experten, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten in Friedenseinsätzen, Polizei- und Justizaufbauprogrammen sowie Entwicklungsprojekten unschätzbare persönliche (Führungs-)Erfahrungen gesammelt haben. Diese Erfahrungen gilt es systematisch zu erfassen und aufzuarbeiten – von bilateralen Aktivitäten bis
- hin zu deutschem Personal in EU- und VN-Einsätzen. Hier besteht auf nationaler Ebene bereits ein umfassender Erfahrungsschatz, der auch neue inhaltliche und politische Impulse birgt.
2. *Verknüpfung deutscher und internationaler Lernprozesse:* Das Ende der EU-Polizeimission in Bosnien-Herzegowina, der bevorstehende Abzug von ISAF aus Afghanistan und die volle völkerrechtliche Souveränität des Kosovo sind nicht nur für Deutschland, sondern auch im internationalen und multilateralen Kontext Anlass zur kritischen Reflexion der Erfahrungen und Ergebnisse dieser Missionen. Dies bietet die Chance, im Austausch zwischen diplomatischem Krisenmanagement und polizei- oder militärfachlichem Kapazitätsaufbau die Gültigkeit und die Kontextbedingungen gezogener Lehren extern zu überprüfen und nationale Erfahrungen in einen internationalen Lernprozess zur SSR einzuspeisen.
3. *Politische Impulse in den Vereinten Nationen:* Die bestehende Freundesgruppe bietet die beste Möglichkeit eines deutschen Engagements auf VN-Ebene. Neben wichtigen konzeptionellen und institutionellen Initiativen, wie Ausbildungsangeboten, gilt es, für ein politisches Verständnis von SSR-Unterstützung zu werben. Die allseitige Fixierung auf technische Einzelvorhaben, ob im Bereich des Kapazitätsaufbaus (Schießtraining) oder im Bereich der Verantwortlichkeit (Menschenrechtstraining), gilt es zu brechen. Stattdessen muss die Weiterentwicklung der Sicherheitsinstitutionen in Konfliktländern und fragilen Staaten ein Kernthema des politischen Engagements der VN werden.



Über den Autor

Philipp Rotmann ist Fellow des Global Public Policy Institute (GPPi), Berlin. Er leitet die friedens- und sicherheitspolitische Arbeit des Instituts und koordiniert das Projekt *Global Norm Evolution and the Responsibility to Protect*. Seit 2009 war er mehrfach als Berater für die Bundesregierung tätig; unter anderem in Afghanistan sowie im Rahmen internationaler Konferenzen zur Afghanistanpolitik (2011) und der Rolle von Polizei in VN-Friedenseinsätzen (2012). protmann@gppi.net

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale Politik und Entwicklung
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Marius Müller-Hennig | Globale Friedens- und Sicherheitspolitik

Tel.: ++49-30-269-35-7476 | Fax: ++49-30-269-35-9246
<http://www.fes.de/GPol/>

Bestellungen/Kontakt:
Sandra.Richter@fes.de

Globale Politik und Entwicklung

Das Referat Globale Politik und Entwicklung der Friedrich-Ebert-Stiftung fördert den Dialog zwischen Nord und Süd und trägt die Debatten zu internationalen Fragestellungen in die deutsche und europäische Öffentlichkeit und Politik. Es bietet eine Plattform für Diskussion und Beratung mit dem Ziel, das Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu stärken, Szenarien zu entwickeln und politische Handlungsempfehlungen zu formulieren. Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Globale Friedens- und Sicherheitspolitik«, verantwortlich: Marius Müller-Hennig, Marius.Mueller-Hennig@fes.de.

SSR/SSG im Fokus

Die Gestaltung von Prozessen der Sicherheitssektorreform (SSR) und der demokratischen Sicherheitssektorgovernance (SSG) sind aus Perspektive der Friedrich-Ebert-Stiftung von zentraler Bedeutung für die Konsolidierung und Sicherung von Demokratie und Frieden. Die entsprechenden Konzepte und Erfahrungen spielen in vielen unserer internationalen Projekte im Kontext von Demokratieförderung und Global Governance Dialogen eine wichtige Rolle. Über die vorliegende Publikationsserie wollen wir den politischen und operativen Austausch zu diesem wichtigen Politik- und Arbeitsbereich begleiten und unterstützen sowie Impulse für die Debatte in Deutschland, in unseren Partnerländern sowie in den relevanten internationalen Institutionen geben.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-301-6